

Ja zum Fusionskredit nicht ohne Kritik

Der Badener Einwohnerrat genehmigt an der letzten Sitzung des Jahres zusätzlich 108 000 Franken für die Gemeindefusion Baden-Turgi.

Hans-Caspar Kellenberger

Das wichtigste Thema an der Einwohnerratssitzung vom Dienstag war gleich das erste Traktandum: Der Stadtrat legte einen Zusatzkredit für die Ausarbeitung des Vertrags für die Gemeindefusion von Baden und Turgi vor. Im Juni 2021 hatten beide Gemeinden der Ausarbeitung des Fusionsvertrags zugestimmt. Der Zusatzkredit beinhaltete zwei Anträge des Stadtrats: Der erste betraf die Öffentlichkeitsarbeit, das Budget dazu wurde in der abgeschlossenen ersten Phase praktisch ausgeschöpft – rund 5250 Franken sind übrig. Hierfür beantragte der Stadtrat weitere 54 000 Franken für die Aufrechterhaltung von Information und Kommunikation.

Der zweite Antrag beinhaltete ebenfalls 54 000 Franken. Diese Summe soll für die Prü-

fung der Fusionsumsetzung eingesetzt werden. Wenn das Stimmvolk im März 2023 über die Gemeindefusion abstimmt, soll klar sein, wie die Gemeinde Turgi in Baden integriert würde. Insgesamt waren also 108 000 Franken beantragt.

Der Badener Einwohnerrat nahm die beiden Anträge des Stadtrats an. Jenen zur Kommunikation genehmigte er mit 34 Ja- zu 8 Nein-Stimmen, den Kredit für die Prüfung der Umsetzung der Fusion mit 32 Ja- zu 10 Nein-Stimmen. Damit kann die Prüfung der Umsetzungsphase für die Fusion von Turgi und Baden starten. In Turgi hat die Gemeindeversammlung den Zusatzkredit bereits genehmigt.

SVP: Kritik an Kosten für Livestreams

Der erste Antrag auf 54 000 Franken für die Kommunikation war vorgängig vor allem bei der

«Die Transparenz, die wir von Anfang an an den Tag gelegt haben, ziehen wir weiter.»



Markus Schneider (Mitte)
Badener Stadtmann

SVP umstritten: «Wir finden, das ist ein verantwortungsloser Umgang mit Steuermitteln», sagte Einwohnerrat Tobias Vonesch. Zwei Livestreams für je 17 000 Franken wegen Corona hätten einfach zu viel gekostet. Gian von Planta (GLP) sah das anders: «Generell ist es unschön, wenn man mit einem Nachtragskredit kommen muss. Im Falle einer Fusion kann man aber nicht genug kommunizieren.»

Beim zweiten Antrag auf 54 000 Franken für die Umsetzung war der Widerstand grösser. Alle Fraktionsredner äusseren Kritik und hinterfragten Notwendigkeit und Zeitpunkt des zweiten Kredits. Das abgesehen von Paul Koller (Mitte), der die Gründe für den gesamten Betrag von 108 000 Franken als «nachvollziehbar» befand. Und das, obwohl es «misslich» sei, dass das Kostendach nicht eingehalten worden sei.

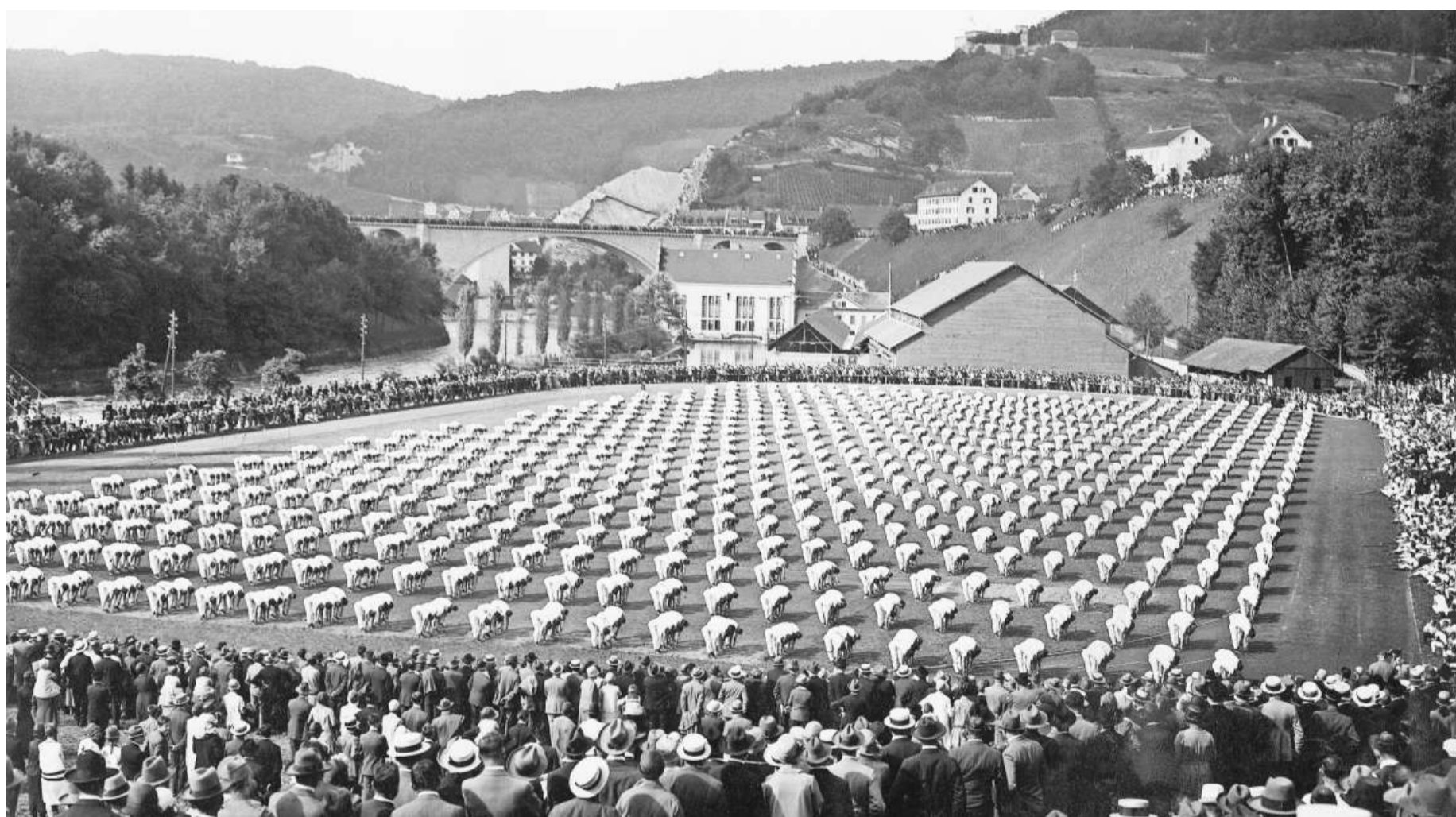
Stadtmann Markus Schneider (Die Mitte) rechtfertigte den Zusatzkredit: «Wir haben viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht.» Der Aufwand sei grösser gewesen als erwartet. Man wolle die Fusion gemäss Zeitplan per 1. Januar 2024 vollziehen können, sofern die Bevölkerung im März 2023 zustimmt. Die Zeitspanne dazwischen sei zu kurz, um alle Themen für die Fusion angehen zu können, führte er weiter aus. Deshalb müsse das schon im Vorfeld geschehen.

Die Kosten vorgängig beim Einwohnerrat zu beantragen, das sei richtig. «Die Transparenz, die wir von Anfang an an den Tag gelegt haben, ziehen wir weiter», sagte Stadtmann Schneider. So oder so: Im März 2023 wird die Volksabstimmung endgültig über die Zukunft des Projekts entscheiden, das mit der Zustimmung des Einwohnerrats zum Zusatzkredit eine

weitere, kleine Hürde überwinden konnte.

Der Einwohnerratspräsident Sander Mallien (GLP) leitete zum letzten Mal durch die Sitzung. Nach zwölf Jahren und als amtsältestes Ratsmitglied war er an den Erneuerungswahlen im September nicht mehr angetreten. Am Ende der Sitzung wurde er verabschiedet. Wie auch Steffi Kessler (SP), die ab dem kommenden Jahr im Stadtrat das Ressort Kultur übernehmen wird. Aus dem Stadtrat verabschiedet wurde Erich Obrist (parteilos).

42 von den 50 Mitgliedern des Einwohnerrates waren an dieser letzten Sitzung des Jahres anwesend, die gleichzeitig auch die letzte der Legislaturperiode 2018–2021 war. Gleich die Hälfte der Ratsmitglieder wurden im Laufe dieser Legislatur ersetzt, weitere elf sind es auf die kommende Legislaturperiode hin.



Kantonaltturnfest 1927 in der Aue in Baden: Das Historische Museum und die Galerie Gluri Suter laden am Kantonaltturnfest 2022 in Wettingen auf eine Zeitreise ein. Bild: Hans Ott

Stadt Baden und Gemeinden sagen Neujahrsapéros ab

Region Die Stadt Baden hat gestern den Neujahrsapéro des Stadtrats 2022 abgesagt. «Die derzeitige pandemische Lage sowie die kürzlich durch den Bundesrat verschärfte Covid-19-Massnahmen sprechen für eine Absage der Veranstaltung», schreibt die Stadt in ihrer Mitteilung. «Wir bedauern es sehr, den Neujahrsapéro absagen zu müssen, doch in der derzeitigen Lage hat der Schutz der Badener Bevölkerung für uns oberste Priorität» wird Stadtmann Markus Schneider (Die Mitte) in der Mitteilung zitiert.

Am Dienstagabend informierte auch der Würenloser Gemeindeammann Anton Möckel (parteilos) an der Gemeindeversammlung, dass der Neujahrsapéro vom 2. Januar im Dorf abgesagt sei. Zuvor hatten bereits Untersiggenthal, Birnenstorf und Neuenhof via Gemeindefusion über ihre Absagen informiert, alle mit Verweis auf die neuen Covid-19-Massnahmen. (az)

Swisslos-Gelder für Zeitreise durch Turngeschichte

Der Kanton spricht Beiträge für Kulturprojekte: Bluesfestival, Fantoche, aber auch das Kantonaltturnfest profitieren.

48 Kulturprojekte aus allen Sparten erhalten im 4. Quartal 2021 einen Beitrag aus dem Swisslos-Fonds. Der Aargauer Regierungsrat fördert mit dieser Unterstützung ein vielfältiges kulturelles Leben im Kanton. Auch diverse Projekte aus dem Bezirk Baden erhalten Gelder.

Eine fotografische und zeichnerische Zeitreise durch 150 Jahre Turngeschichte der Schweiz bereiten das Historische Museum Baden und die Galerie Gluri Suter vor. Dafür gibt es 48 000 Franken. Die Outdoor-Ausstellung «Salto Handstand Pyramide» wird an-

hand des umfangreichen historischen Fotobestands zum Thema Sport ausgearbeitet und am Aargauer Kantonaltturnfest vom 15. bis 26. Juni 2022 in Wettingen präsentiert. Der Gegenwartsbezug wird durch Zeichnungen von Urban Sketchers geschaffen, die das Turnfest in künstlerischer Weise vor Ort dokumentieren.

Wer die Nähe des Todes in der Realität spüren möchte, darf das neue Theaterstück des Ausbruch-Theaters vom 17. bis 25. Februar 2022 nicht verpassen. Als Bühne und Kulisse dient das Krematorium Liebenfels in

Baden. In Zusammenhang mit der aktuellen Situation und der pandemiebedingten Aktualität von Tod und Isolation wird die Inszenierung «À bien tot» in der Abdankungshalle des Krematoriums gezeigt. Die Besucherinnen und Besucher sollen dabei einen einmaligen Einblick in die Abläufe zwischen Tod und Bestattung erhalten. Für das Theaterprojekt gibt es 20 000 Franken aus dem Swisslos-Fonds.

Den höchsten Beitrag in der Region erhält die Stiftung trigon-film mit Sitz in Ennetbaden. Für die «interkulturelle Vermittlungsarbeit» im Programmzyklus

2022–24 wurden 180 000 Franken gesprochen.

Das Bluesfestival Baden vom 21. bis 28. Mai 2022 wird mit 75 000 Franken unterstützt. Das Badener Animationsfilmfestival Fantoche erhält für die Einführung eines «didaktisch fundierten, digitalen Workshop-Angebots» 14 000 Franken.

40 000 Franken spricht der Regierungsrat für Infrastrukturananschaffungen für das Theater im Kornhaus Baden. 25 000 Franken erhält die Stiftung Eduard Spörri für den Aufbau eines Eduard Spörri-Trails im Sommer 2022. Es werden Skulptu-

ren des Aargauer Bildhauers in Wettingen gezeigt und ein Vermittlungsprogramm erarbeitet.

Der Verein «Die Zauberlande Baden-Wettingen» bekommt für den Filmclub 8000 Franken, das Jugendtanzprojekt «Kids in Dance» im Kurtheater Baden 10 000 Franken, der 72. Zyklus der Wettinger Kammerkonzerte 2021–22 unter dem Motto «Wandern» in der Aula Margeläcker Wettingen 9000 Franken. Zwei Weihnachtskonzerte des Badener Vokalensembles und des Kantichors Baden wurden mit 3000 Franken gefördert. (afi)

Ja zur Strategie Smart City

Baden Der Einwohnerrat hat an seiner Sitzung vom Dienstag die Ziele der Strategie Smart City Baden genehmigt. Die Möglichkeiten der Digitalisierung der Stadt sollen besser genutzt, und der Prozess der Digitalisierung transparenter und partizipativer gestaltet werden. Im Juni 2020 hatte das Parlament die Strategie noch zur Überarbeitung zurückgewiesen. Danach wurde sie in einer Echogruppe weiterentwickelt. Das neue Strategiedokument ist konkreter ausformuliert und in Bezug auf die Finanzierung neu, ohne Pauschalkredit, geregelt. (az)